

Bankenaufsicht

Klare Zielvorstellungen

Die europäische Politik vermittelt in der Finanzkrise anhaltend den Eindruck, als fehle ihr jede Vision. Allein der Fortbestand des Euro wird von vielen Politikern als gegeben hingenommen, und die Vermeidung eines Auseinanderbrechens der Eurozone steht offensichtlich als Maßgabe über vielen Maßnahmen und Rettungsaktionen der vergangenen Monate und Jahre. Wohin das Projekt Europa führen soll, ist jedoch selbst in den ganz entscheidenden Fragen der Schaffung einer Fiskalunion, geschweige denn einer politischen Union offen oder allenfalls vage angedeutet. Selbst in sehr langen Zeiträumen gedacht fehlen dazu klare politische Bekenntnisse.

Mit Blick auf eine zukunftsweisende Bankenaufsicht für Europa, wie sie politisch beschlossen ist, klingt die Umschreibung des Szenarios der anstehenden Projektarbeit bei der Deutschen Bundesbank erfreulich anders. Zwar räumt die zuständige Vizepräsidentin Sabine Lautenschläger unmissverständlich ein, dass der verbindliche Rechtsrahmen, der eine hoffentlich strikte Trennung von Geldpolitik und Bankenaufsicht festlegt, nur durch die demokratisch gewählten Parlamente und Regierungen geschaffen werden kann. Aber mit Blick auf die konkrete Aufgabe der Schaffung einer gemeinsamen europäischen Bankenaufsicht hat und artikuliert sie feste Vorstellungen. Vor dem Internationalen Club Frankfurter Wirtschaftsjournalisten hat sie sich kürzlich erneut klar und deutlich für den festgelegten Start des Projektes Mitte des kommenden Jahres ausgesprochen, auch wenn längst noch nicht alle (Umsetzungs-)Fragen im Detail geklärt sein können.

Wichtige Bereiche der konkreten Aufbauarbeit registriert sie etwa bei der Regelung der Zusammenarbeit zwischen nationalen Aufsehern und der EZB, bei der Rekrutierung von neuen Mitarbeitern, bei der Entwicklung von einheitlichen Regeln, Standards und Benchmarks für die Aufsichtspraxis beim Risikomanagement und nicht zuletzt hinsichtlich des zeitaufwendigen und für viele Banken zweifellos auch kostspieligen Aufbaus eines einheitlichen Meldewesens. Und dass der notwendige europäische Abwicklungsmechanismus nicht effektiv funktionieren kann, wenn die Bankenaufsicht der EZB von einer möglichen Abwicklung der gescheiterten Institute auf nationaler Ebene begleitet werden soll, steht für sie außer Frage, auch wenn dies eine entsprechende Änderung der EU-Verträge nach sich zieht. Diese Position ist bei Sabine Lautenschläger allerdings mit der unmissverständlichen Forderung verbunden, finanzielle Risiken der

nationalen Banken, die unter nationaler Aufsicht entstanden sind, den Verantwortlichen zuzurechnen und keinesfalls zu vergemeinschaften. Mit sicherem Gespür für mangelnde Zukunftsvorstellungen der Politik erkennt sie freilich auch hier mögliche Probleme, nämlich hinsichtlich der Frage, ob Verluste der europäisch beaufsichtigten Banken aus künftig entstehenden Risiken allein europäisch getragen werden sollten. An dieser Stelle offenbart sich einmal mehr das Fehlen einer abgestimmten Wirtschafts- und Fiskalpolitik unter den Nationalstaaten.

Für die praktische Umsetzung, so betont die Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank immer wieder, erfordert das Projekt europäische Bankenaufsicht an vielen Stellen Übergangsfristen und eine erhebliche Bereitschaft aller Beteiligten zur Flexibilität. Ob das beispielsweise auch für das zuletzt vernehmbare Gerangel zwischen Bundesbank und BaFin um Sitz und Stimme in den relevanten Aufsichtsgremien der EZB gilt? In dieser Frage positioniert sich Sabine Lautenschläger erst einmal eindeutig für eine gemeinsame, gleichberechtigte Vertretung beider deutscher Aufsichtsinstanzen.

Landesbanken I

Aus dem Größten heraus

Hans-Jörg Vetter möchte am liebsten alle glücklich machen. Er sieht für den Erfolg einer Landesbank, und daran wird er schließlich gemessen, als maßgeblich an, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen eigenem Ergebnis, den Wünschen der Eigentümer und der Mitarbeiter und dem Nutzen für den Verbund sicherzustellen. Mit Blick auf diese vier Determinanten war 2012 ein gutes Jahr für die Landesbank Baden-Württemberg. Zunächst schrieb die Landesbank auf „Basis eines soliden Kundengeschäftes in allen vier Quartalen des Jahres schwarze Zahlen“, am Ende stand mit einem Konzerngewinn nach Steuern von 398 Millionen Euro ein „ordentliches Ergebnis“ zu Buche. Dann: Erstmals seit 2008 wurden auf Grundlage des HGB-Abschlusses die Stillen Einlagen und die Genussscheine bedient, die Träger erhielten an Garantieprovisionen und Zinszahlungen 680 Millionen Euro. Anfang 2014 soll, ein Jahr 2013 ohne Katastrophen vorausgesetzt, eine Milliarde Euro an Stillen Einlagen an die Eigentümer zurückgezahlt werden, weitere Rückzahlungen bezeichnete Vetter dagegen als unrealistisch.

Die vom Konzernumbau arg gebeutelten Mitarbeiter konnten zumindest damit getröstet werden,

dass die notwendige Entlassung von 2.500 Beschäftigten so schonend wie möglich durchgeführt werden konnte, denn bis Ende 2012 konnten durch Aufhebungsverträge, Vorruhestandsregelungen und natürliche Fluktuation bereits 2.400 Vollzeitstellen auf freiwilliger Basis abgebaut werden. Und der Verbund schließlich profitierte durch die sichtbaren Absatzerfolge: Das Neugeschäft im gesamten Vorsorgebereich wuchs um 18 Prozent auf 440 Millionen Euro, das Bauspargeschäft legte gar um 20 Prozent auf 400 Millionen Euro zu und in Zusammenarbeit mit den Sparkassen wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Förderkredite im Volumen von 3,5 Milliarden Euro vermittelt. Der Marktanteil im Zertifikatesgeschäft stieg zudem von 7,3 auf 8,3 Prozent. Die diesbezüglichen Initiativen der Deka-Bank nimmt der Vorstandsvorsitzende der LBBW daher gelassen: „Wettbewerb belebt das Geschäft und wenn es nicht die Deka ist, ist es ein anderer.“

Aber natürlich ist Hans-Jörg Vetter nicht zufrieden, kann es nicht sein. Denn der Blick nach vorne ist nicht nur mit vielen Unwägbarkeiten behaftet, sondern mancherorts außerordentlich unwirtschaftlich. Das niedrige Zinsniveau wird seine Spuren im operativen Geschäft hinterlassen, bereits das erste Quartal liegt hinter dem Vorjahr zurück. Daher fällt auch der Ausblick auf das Privatkundengeschäft, das zudem durch die Zurückhaltung der Anleger und die regulatorischen Vorgaben für die Berater belastet wird, alles andere als rosig aus, hier werde man in den kommenden beiden Jahren gewaltig zu kämpfen haben.

Auf der Risikoseite gehen die Verantwortlichen von einem steigenden Vorsorgebedarf in den kommenden beiden Jahren aus. Und auch die regulatorischen Kosten werden keinesfalls sinken. Allein für die Finanztransaktionssteuer rechnet der LBBW-Chef mit Belastungen für sein Haus in Höhe von 3 Milliarden Euro. Diese Zahl, die aus einer nicht-öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses des Stuttgarter Landtages verlautete, wollte Vetter zwar offiziell nicht bestätigen, fügte aber an, man müsse „denjenigen die Gesetze machen auch die Chance geben, die Wirkung zu verstehen“, das sei „gut gelungen“.

Und natürlich werfen auch die Beaufsichtigung durch die Europäische Zentralbank, die Diskussionen um Trennbanken mit ihrer Wirkung für die Liquiditätssteuerung im Verbund oder die Folgen einer Leverage Ratio für das Kommunalgeschäft noch Fragen auf, beziehungsweise wird noch auf Veränderung der Vorschriften gehofft und gepocht. Am Ende, so Vetter, soll mit der LBBW eine „der besten Kundenbanken“ Deutschlands stehen. Das hören sicherlich alle gerne – nur nicht die Wettbewerber.

Landesbanken II

Kein Gejammer über die Schiffskrise

Dass die Schiffskrise für eine Bank mit dem Geschäftsfeld Schiffs- und Flugzeugkunden, einem Portfolio von 1.768 Schiffen und einem Exposure in der Schiffsfinanzierung von 18,0 Milliarden Euro im Berichtsjahr 2012 einiges an Regelungsbedarf mit sich brachte, muss man im Detail nicht erklären. Dafür ist das Thema Schiffsfinanzierung zu oft auf die einschlägigen Seiten der Finanzpresse gerückt, sei es mit der Einstellung dieser Aktivitäten bei der Commerzbank, mit den Hinweisen zu einem gestiegenen Wertberichtigungsbedarf bei der KfW oder der allgemeinen Adressierung einer Beobachtungswerten Risikolage aus der Schiffsfinanzierung durch Bundesbank und BaFin. Und auch die Nord-LB hat schon bei der Vorstellung des im Landesbankenvergleich sehr komfortablen Konzernergebnisses 2011 von seinerzeit 536 Millionen Euro nach Steuern deutlich zu erkennen gegeben, dass sich dieses Niveau nicht zuletzt der Marktbedingungen im Schiffsgeschäft wegen im Berichtsjahr nicht würde wiederholen lassen. Mit den Zwischenergebnissen im weiteren Jahresverlauf 2012 hat die Bank immer wieder auf die gestiegene Risikovorsorge in diesem Segment hingewiesen. Mit 500 (173) Millionen Euro ist diese im Vorjahresvergleich nun in der Tat deutlich gestiegen. Und anders als im Vorjahr ist auch das Segmentergebnis mit minus 46 (nach plus 243) Millionen Euro für das Berichtsjahr negativ ausgefallen. Doch das Konzernergebnis nach Steuern schaffte es „trotz Schiffskrise“ immerhin noch auf 80 Millionen Euro.

Gewertet wird dieses Ergebnis von der Nord-LB mit einer Mischung aus Zurückhaltung und Zuversicht. Der Ausblick blendet jedenfalls die anhaltende Krise in der Schiffsfinanzierung nicht aus. Sondern für 2013 wird mit einer überdurchschnittlichen Risikovorsorge in diesem Segment gerechnet, wenn gleich erste Anzeichen dafür registriert werden, dass der zyklische Tiefpunkt an den Schifffahrtsmärkten überwunden sein könnte. Selbst für 2014 erwartet die Nord-LB allenfalls eine Stabilisierung und keineswegs eine markante Trendwende zum Positiven. Gleichwohl bekennt sie sich einmal mehr zur Ausgewogenheit ihrer Geschäftsfelder insgesamt und zur Schiffsfinanzierung als Kerngeschäft. Schon innerhalb des Segmentes, so wird betont, gibt es derzeit einen Risikoausgleich zwischen dem Schiffs- und Flugzeugportfolio. Denn in Letzterem sind nahezu keine Ausfälle zu verzeichnen.

Hinzu kommt noch das demonstrative Vertrauen der Landesbank in die Qualität ihres Schiffsportfolios. Trotz Einzelwertberichtigungen von 821

Millionen Euro im Berichtsjahr, so die Argumentationslinie, machen diese auf das Exposure gerechnet nicht mehr als 4,6 Prozent aus. Mit Einzelwertberichtigungen belegt sind derzeit 278 der 1768 Schiffe. Durch die Zusammensetzung des Schiffsportfolios aus zehn Typen sieht die Bank eine weitere Differenzierung gewährleistet. Auf das Exposure bezogen erreichen die Feeder bis Sub-Panamax mit 20 Prozent den größten Anteil, bei Bulkern beträgt das Konzentrationsrisiko 14 Prozent, bei den schon wieder leicht besser laufenden größeren Containerschiffen neun Prozent und bei Rohöltankern drei Prozent. Angesichts einer regulär kalkulierten Finanzierungsdauer von 15 Jahren und einer je nach Schiffstyp weiteren Nutzungsdauer von über 20 Jahren werden zudem noch erhebliche Finanzierungspuffer gesehen.

Bevor sich klarer bewerten lässt, ob die vergleichsweise junge Altersstruktur der Flotte, die Diversifizierung des Schiffsportfolios und das langjährige Relationship mit den Schiffseignern der Nord-LB über die schwierige Marktphase helfen, wird man folglich noch so manchen Quartalsabschluss genau beobachten müssen. Was passiert bei einer weiter anhaltenden Schiffskrise? Wird sich die vergleichsweise niedrige Quote an Einzelwertberichtigungen dann noch halten lassen? Die weltweit immer noch recht hohe Zahl an neuen Schiffen, die noch vor der Finanzkrise in Auftrag gegeben wurden, lässt am Weltmarkt jedenfalls noch für geraume Zeit weitere (Transport-)Kapazitäten erwarten. Dass sich die Nord-LB selbst seit 2007 mit Neugeschäften im maritimen Bereich eher zurückgehalten hat, nutzt ihr an dieser Stelle zunächst einmal wenig.

Übrigens: Es gab es bei der Nord-LB kein Gejammer über die Schiffskrise, von einem Ranking der Landesbanken nach den Geschäftsergebnissen war diesmal allerdings auch nicht die Rede. In diesem Vergleich hat die Landesbank im Berichtsjahr schlechter abgeschnitten als die Bayern-LB (762 Millionen Euro), die Helaba (512 Millionen Euro) und die LBBW (398 Millionen Euro).

Förderbanken

Alleskönner im Ländle

„Wir können alles. Außer Hochdeutsch.“ Dieses selbstironische Motto war der Slogan einer Werbe- und Sympathiekampagne des Landes Baden-Württemberg, die im Oktober 1999 startete und für viel Aufmerksamkeit sorgte. Jeder vierte Bundesbürger kennt diesen Claim, und fast die Hälfte der Baden-Württemberger benutzt ihn im privaten Umfeld. Mittlerweile ist dieser Slogan in den alltäglichen

Sprachgebrauch übergegangen und durchaus zum geflügelten Wort geworden. Heute zählt das Musterländle zu den wirtschaftsstärksten und wettbewerbsfähigsten Regionen Europas.

Davon konnte auch die L-Bank profitieren. Mit 7,9 Milliarden Euro lag ihr Fördervolumen für Privatleute, Unternehmen und Kommunen in Baden-Württemberg um 27 Prozent über dem Vorjahresniveau. Dabei förderte die landeseigene Staatsbank mit mehr als 25000 Krediten über insgesamt 1,5 Milliarden Euro (plus 61 Prozent) den Wohnungsbau, insbesondere bei privaten Bau- und Sanierungsvorhaben. An den Mittelstand vergab die L-Bank Finanzierungen über 3,1 Milliarden Euro (plus 20 Prozent). Und als Finanzierungspartner des Landes und für Infrastrukturprojekte der Kommunen stellte die Förderbank im vergangenen Jahr 2,4 Milliarden Euro (plus 33 Prozent) zur Verfügung.

Diese positive Geschäftsentwicklung schlug sich auch im Zinsüberschuss des Instituts nieder, der sich um vier Prozent auf 438 Millionen Euro erhöhte. Dass dabei keine zusätzlichen Risiken in die Bücher gelangten, zeigt das nahezu unverändert positive Bewertungsergebnis in Höhe von 58,5 Millionen Euro. Gleichwohl will sich das Institut für die Zukunft wappnen und hat deshalb in 2012 sowohl Vorsorgereserven in Höhe von 50 Millionen Euro gebildet als auch den Fonds für allgemeine Bankrisiken um weitere 46 Millionen Euro auf nunmehr 350 Millionen Euro aufgestockt. Alles in allem reduzierte sich das Betriebsergebnis nach Risiko jedoch deutlich, und zwar um 59,3 Prozent auf 303,7 Millionen Euro. Aus dem Bilanzgewinn in Höhe von 148,3 Millionen Euro stellte die L-Bank weitere 148 Millionen Euro zur Erhöhung der Kernkapitalquote auf 15,28 Prozent (nach Basel III: 8,76 Prozent) ein und sieht sich bei den Vorbereitungen auf Basel III auf einem guten Weg.

Während die Förderbank die Reformen zur Eigenkapitalbasis und zu den Liquiditätsvorschriften durchaus begrüßt, befürchtet sie bei den weiteren aufsichtlichen Entwicklungen große Nachteile. Gemeinsam mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank und der NRW-Bank zählt sie nämlich zu den Instituten, die angesichts einer Bilanzsumme von über 30 Milliarden Euro künftig unter die Aufsicht der Europäischen Zentralbank fallen sollen. Bereits in seiner Funktion als Präsident des Bundesverbands Öffentlicher Banken Deutschlands hatte Christian Brand im Rahmen der VÖB-Halbjahrespressekonferenz diese Zuständigkeit angeprangert. Anlässlich der Präsentation der L-Bank-Zahlen wiederholte er seine Bedenken und forderte die Möglichkeit einer Opt-out-Klausel. Damit könnte die Aufsicht über Spezialkreditinstitute nach einer Risikoprüfung durch die EZB an die nationale Aufsicht zurückdelegiert werden.

Falls es doch zu einer Beaufsichtigung durch die EZB kommt, befürchtet Brand gravierende Veränderungen. So wäre es sicherlich schwierig, die notwendigen Mitteilungen und Protokolle auf Englisch zu verfassen. Ein viel größeres Problem sei allerdings die Rechnungslegung, denn die EZB werde sich gewiss nicht mit einer Bilanzierung nach HGB zufriedengeben, sondern die internationalen Standards IFRS verlangen. Um bei einer notwendigen Umstellung der Rechnungslegung jedoch nicht gänzlich unvorbereitet getroffen zu werden, hat die L-Bank ihre Informationstechnologie bereits entsprechend weiterentwickelt. Dies schlug sich auch in den Verwaltungsaufwendungen nieder, die 2012 um 5,2 Prozent auf 143,5 Millionen Euro anstiegen. Angesichts der ablehnenden Haltung der Förderbank gegenüber der EZB-Amtssprache und den internationalen Rechnungslegungsstandards ließe sich für die L-Bank das Ländle-Motto somit noch erweitern: Wir können alles. Außer Hochdeutsch, Englisch und IFRS.

Regulierungen

In der Höhle des Löwen

Der griechische Dichter Äsop gilt gemeinhin als Begründer der europäischen Fabeln. Aufgrund ihrer treffenden Charakterisierungen sind einige seiner Kurzerzählungen auch zur Grundlage vieler Wendungen im Deutschen geworden. So rechtfertigt etwa ein einzelnes Anzeichen noch keinen allgemeinen Schluss (eine Schwalbe macht noch keinen Sommer), und oftmals gibt es jemanden, der von einer Sache mehr bekommt, als ihm zu steht, nämlich den Löwenanteil. In der Fabel „Der alte Löwe und der Fuchs“ kann der alte Löwe, der König der Tiere, nicht mehr so gut jagen. Er stellt sich deshalb krank und ruft alle ihm untergebenen Tiere zu sich an sein Krankenlager. Nur der schlaue Fuchs zögert, die Höhle zu betreten. Mit den Worten „unzählige Spuren im Sand führen in die Höhle hinein, aber keine einzige wieder heraus“ verabschiedet sich der listige Fuchs und rettet damit seine Haut.

In die Höhle des Löwen wagte sich hingegen nach eigenen Worten der Vorstandssprecher der Hypovereinsbank Dr. Theodor Weimer. Gemeinsam mit Prof. Dr. Jan Pieter Krahenen – Direktor des Center for Financial Studies (CFS) und Mitglied der Liikanen-Kommission – nahm er an einer Podiumsdiskussion im House of Finance an der Frankfurter Goethe-Universität teil und diskutierte über die Auswirkungen von Regulierung auf Bankverhalten und Wettbewerb. Dabei machte der HVB-Chef – ganz anders als der Fuchs in der Fabel durchaus

kampfeslustig – seinem Unmut über die Trennbank-Vorschläge rund um den Liikanen-Report in deutlichen Worten Luft. Zahlreiche Entscheidungen mit Auswirkungen auf Kreditinstitute würden mittlerweile ohne die Banken fallen. Der Vorwurf, dass Banker ohnehin nur noch pro domo redeten, verwässere die Argumente und vernachlässige wertvolle Inputvariablen. Sicherlich hätten Banken in der jüngeren Vergangenheit etliche Fehler gemacht und sich von der Realwirtschaft entfernt. Aber sie hätten auf keinen Fall bewusst Moral Hazard in ihrer Strategie verfolgt. Deutschland – so Weimer in seinen Statements weiter – schieße sich momentan angesichts der hierzulande hohen Bedeutung von Bankfinanzierung selbst ins Knie. Kein gutes Haar ließ der HVB-Chef ferner an der überbordenden Regulierung: Viele kleine Banken würden aufgrund der aufsichtlichen Vorschriften und der IT-Anforderungen kaputt gehen.

Die zweite Person auf dem Podium erwies sich in der Diskussion allerdings nicht im Geringsten als gefräßiger Löwe. Ruhig und um vermittelnde Töne bemüht, stellte Krahenen noch einmal die Beweggründe der Expertengruppe dar. Keineswegs wolle man in die Geschäftsmodelle von Banken eingreifen, sondern habe vielmehr nach Strukturen gesucht, die die Abwicklungsfähigkeit einzelner Institute wieder herstelle, sodass bei einer Bankschieflage der Steuerzahler nicht zur Rechenschaft gezogen werden müsse. Komplexität müsse derart reduziert werden, dass ein Abtrennen des besonders riskanten Investmentbanking-Geschäfts wieder möglich sei – gleichsam als „praktizierter Living Will“. Darüber hinaus könne mit Hilfe von Bail-in-debt wieder ein funktionsfähiger Markt für Bankkapital hergestellt werden.

Während sich somit der Universitätsprofessor durchaus eng an den Inhalten des Liikanen-Berichts orientierte, teilte der Bankmanager noch weiter aus. So prangerte er an, dass bei der Fülle an regulatorischen Maßnahmen auch sekundäre Auswirkungen überprüft werden müssten. Aus Angst vor einem möglichen Kollaps traue sich keiner mehr, radikale Lösungen vorzuschlagen. In diesem Zusammenhang deutete er auf die hohen Bestände an deutschen Bundesanleihen in den Büchern der deutschen Kredit- und Versicherungswirtschaft, die bei einer Zinswende eine Bombe darstellten. Auch über die Nullgewichtung von Staatsanleihen müsse man sich Gedanken machen, denn es gebe keinen risikolosen Zins mehr. Für europäische Banken malte er schließlich ein düsteres Zukunftsbild: So habe die HVB Kapitalkosten von etwa zwölf Prozent, verdiene aber diese zwölf Prozent nicht. Jedes Jahr, so Weimer, zerstöre er als ziemlich profitable Bank Shareholder Value in großem Maße. Das werde für sein Haus noch auf Jahre so sein. Und damit sei er nicht alleine. ■■■■■